

Digitalkompetenz Politik Kommentar: Realität trifft Anspruch

Category: Opinion

geschrieben von Tobias Hager | 21. Februar 2026



Digitalkompetenz Politik Kommentar: Realität trifft Anspruch

Willkommen in der digitalen Parallelwelt der Politik, wo Digitalkompetenz das neue Zauberwort ist – zumindest auf dem Papier. In der rauen Wirklichkeit treffen digitale Visionen auf ein analoges Verwaltungsmonster, das schneller faxen kann als ein Dokument hochladen. Wer wissen will, warum Deutschland beim digitalen Wandel immer noch im Mittelalter festhängt, bekommt hier die schonungslose Analyse – und einen Leitfaden, wie Anspruch und Realität endlich zusammenfinden.

- Digitalkompetenz: Was Politiker fordern, aber selten verstehen

- Die größten Digital-Illusionen der Politik – und wie sie scheitern
- Technische Grundlagen: Was wirklich zählt, aber ignoriert wird
- Gesetzgebung und Infrastruktur: Bremsklötze im digitalen Wandel
- Digitale Verwaltung: Zwischen Buzzwords und 90er-Jahre-Technik
- Digitalkompetenz in der Bildung: Anspruch, Wirklichkeit und die Irrtümer der politischen Elite
- Cybersecurity, Datenschutz und digitale Souveränität: Was fehlt der Politik?
- Pragmatische Lösungen: Wie echte Digitalkompetenz in der politischen Praxis aussehen könnte
- Warum Deutschland digital abgehängt wird – und wie der Befreiungsschlag gelingt
- Fazit: Digitalkompetenz als Überlebensstrategie, nicht als Feigenblatt

Digitalkompetenz in der Politik ist ein Begriff, der so oft durch Talkshows geprägt wurde, dass längst keiner mehr nachfragt, was das eigentlich bedeuten soll. Während Ministerien noch PowerPoint-Präsentationen mit "Digital First!"-Slogans basteln, stehen Faxgeräte in den Amtsstuben wie Mahnmale einer untergegangenen Epoche. Die Diskrepanz zwischen digitalem Anspruch und der bitteren Realität in deutschen Behörden, Schulen und der Gesetzgebung ist nicht nur peinlich, sondern gefährlich. Denn der Rückstand kostet nicht nur Geld, sondern auch gesellschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft.

Wer sich die politischen Debatten rund um Digitalisierung, E-Government und digitale Bildung ansieht, merkt schnell: Hier dominiert Wunschdenken über Know-how, Symbolpolitik über Substanz. Digitalkompetenz wird gerne gefordert, aber selten gelebt. Die Folge: Ein Flickenteppich aus halbherzigen Initiativen, komplizierten Gesetzgebungsverfahren und einer Verwaltung, die sich im digitalen Dickicht verirrt hat. In diesem Kommentar zerlegen wir die größten Mythen, zeigen, wo es wirklich hakt, und liefern einen Fahrplan, wie Digitalkompetenz nicht nur als Buzzword, sondern als echte Ressource wirken kann.

Die digitale Transformation ist nicht nur ein IT-Projekt, sondern die Überlebensfrage eines modernen Staatswesens. Wer 2025 noch glaubt, mit analogem Denken und Papiervorlagen den globalen Wettbewerb zu bestehen, hat verloren. Dieser Artikel ist ein Weckruf – für alle, die Digitalisierung endlich verstehen und gestalten wollen.

Digitalkompetenz in der Politik: Anspruch, Buzzwords und Versagen – eine

Bestandsaufnahme

Digitalkompetenz ist das politische Lieblingswort, wenn es darum geht, Innovationsfähigkeit zu simulieren. Kaum ein Wahlprogramm kommt ohne das Bekenntnis aus, "digitale Bildung zu stärken", "Verwaltungen zu modernisieren" oder "Deutschland zum digitalen Vorreiter zu machen". Doch was steckt dahinter? Meistens: wenig Substanz. Die Realität ist, dass viele Entscheidungsträger zwar Digitalisierungsprojekte anstoßen, aber weder die technischen Grundlagen noch die organisatorischen Herausforderungen wirklich überblicken.

Der Klassiker: IT-Gipfel, bei denen Politiker stolz ihre "Digital-Agenden" vorstellen – oft ohne einen Hauch von technischer Detailkenntnis. Da werden Blockchain, KI und Cloud in einem Atemzug genannt, als wären es Lösungen für jedes Problem, statt hochspezialisierte Technologien mit eigenen Fallstricken. Digitalkompetenz heißt eben nicht, die richtigen Buzzwords auswendig zu kennen, sondern Prozesse, Infrastrukturen und Risiken zu verstehen – und zwar tiefgehend.

In der Praxis sieht das anders aus. Entscheidungsprozesse sind zäh, Zuständigkeiten zerfasert, und strategische IT-Architektur wird als "Kostenfaktor" betrachtet, nicht als Fundament. Digitale Projekte scheitern reihenweise an fehlender technischer Leitung, mangelhaftem Change-Management und einer Kultur, die Innovation eher als Störung denn als Chance begreift. Wer Digitalkompetenz fordert, muss sie nicht nur predigen, sondern vorleben – und zwar auf allen Ebenen.

Die Digitalisierung der Verwaltung, von Bildungseinrichtungen und der Gesetzgebung ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Ein Marathon, den Deutschland aktuell mit Schnürsenkeln um die Knöchel läuft. Und das liegt nicht an fehlendem Geld, sondern an fehlender Digitalkompetenz in der Führungsetage.

Digitale Infrastruktur und Gesetzgebung: Der Flaschenhals der deutschen Digitalisierung

Wer über Digitalkompetenz in der Politik spricht, kommt an der Frage der Infrastruktur und der regulatorischen Rahmenbedingungen nicht vorbei. Breitbandausbau, 5G, Cloud-Souveränität und digitale Identitäten sind die Schlagworte der letzten fünf Jahre – und gleichzeitig die größten Baustellen. Die Realität: Deutschland hat eine der schlechtesten Breitbandabdeckungen in Europa, ein föderales Kompetenz-Wirrwarr und eine Gesetzgebung, die Innovation systematisch ausbremst.

Nehmen wir das Onlinezugangsgesetz (OZG): Seit Jahren versprochen, in der Umsetzung aber ein Desaster. Statt einer zentralen, skalierbaren Plattform-

Lösung gibt es Insellösungen, Schnittstellenchaos und Prozessbrüche. Die Ursache? Fehlende technische Standards, mangelnde zentrale Steuerung und ein Datenschutz-Verständnis, das Innovation als Risiko und nicht als Notwendigkeit betrachtet. Die Folge: Bürger müssen sich für jeden Verwaltungsakt neu registrieren, Formulare ausdrucken und Dokumente per Post verschicken. Willkommen im digitalen Deutschland.

Auch im Bereich E-Government ist die Bilanz ernüchternd. Digitale Identitäten sind technisch möglich, werden aber durch rechtliche Hürden und fehlende Akzeptanz blockiert. Die Folge: Verwaltungsvorgänge dauern länger, kosten mehr und sind für Bürger wie Unternehmen ein Ärgernis. Wer Digitalisierung will, muss die regulatorischen Rahmenbedingungen entstauben und technische Expertise in die Gesetzgebung bringen. Sonst bleibt Digitalkompetenz ein leeres Versprechen.

Die Infrastrukturprobleme setzen sich in der Cloud-Strategie fort. Während amerikanische und chinesische Anbieter den Markt dominieren, ringt Deutschland mit Projekten wie Gaia-X um digitale Souveränität – mit zweifelhaftem Erfolg. Ohne klare Standards, offene Schnittstellen und eine solide technische Basis bleibt jede politische Digitalstrategie Stückwerk.

Digitale Verwaltung: Zwischen Digitalisierungssprech und Legacy-Systemen

Die Verwaltung ist das Herzstück der Digitalisierung – und gleichzeitig ihr größtes Problem. Während Politiker von “durchdigitalisierten Behörden” träumen, läuft in vielen Ämtern noch Windows XP, und Dokumente werden per Fax verschickt. Der Grund? Jahrzehntlang verschleppte Modernisierungen, fehlende IT-Budgets und eine Verwaltungskultur, die Innovation mit Skepsis begegnet.

Digitalkompetenz in der Verwaltung heißt nicht, jetzt jedem Sachbearbeiter ein Tablet zu geben. Es bedeutet, Prozesse zu digitalisieren, Medienbrüche zu vermeiden und Plattformen zu schaffen, die skalierbar, interoperabel und sicher sind. Stattdessen erleben wir Flickwerk: Einzelne Fachverfahren werden digitalisiert, Schnittstellen fehlen, und Daten liegen in Silos. Der Bürger merkt davon wenig – außer, dass alles noch komplizierter wird.

Legacy-Systeme sind der digitale Beton, der jede Innovation ausbremst. Viele Behörden arbeiten mit veralteter Software, die weder kompatibel noch wartbar ist. Migrationen scheitern an fehlender technischer Expertise, und IT-Projekte werden zu Mammutaufgaben. Wer wirklich Digitalkompetenz beweisen will, muss den Mut haben, alte Zöpfe radikal abzuschneiden – und dafür braucht es Führungskräfte, die Technologiewechsel als Chance sehen, nicht als Bedrohung.

Die Digitalisierung der Verwaltung gelingt nur, wenn technische Standards gesetzt, Prozesse zentralisiert und IT-Architekturen von Grund auf neu

gedacht werden. Alles andere ist Kosmetik – und die ist teuer.

Digitalkompetenz in der Bildung: Politische Rhetorik trifft auf analoge Realität

Wenn Politiker über Digitalkompetenz sprechen, ist das Lieblingsziel die Schule. "Digitale Bildung für alle!" tönt es aus den Parteizentralen. Die Realität: Marode Schulen, fehlende Endgeräte, überforderte Lehrkräfte und ein Bildungssystem, das Digitalisierung als Projektwoche versteht – nicht als Querschnittsaufgabe. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist nirgendwo so offensichtlich wie im Klassenzimmer.

Digitalkompetenz in der Bildung bedeutet mehr als ein paar Tablets und WLAN. Es geht um Medienkompetenz, algorithmisches Denken, Datenschutzverständnis und die Fähigkeit, sich in einer digitalen Welt zurechtzufinden. Doch Lehrpläne stammen oft aus dem letzten Jahrtausend, Fortbildungen sind Mangelware, und IT-Support ist ein Fremdwort. Die Politik setzt auf kurzfristige Programme, statt langfristige Strategien zu entwickeln – und wundert sich dann über fehlende Wirkung.

Der Digitalpakt Schule ist ein gutes Beispiel für Symbolpolitik ohne Substanz. Milliardenbeträge werden bereitgestellt, aber die Mittelversendung scheitert an bürokratischen Hürden, fehlenden Konzepten und mangelnder technischer Begleitung. Lehrer werden mit der Beschaffung, Installation und Wartung von Endgeräten allein gelassen. Wer Digitalkompetenz will, muss Bildung als System neu denken – und zwar vom Lehrplan bis zur IT-Infrastruktur.

Die politische Elite übersieht dabei einen zentralen Punkt: Digitale Bildung ist nicht nur ein Thema für Schüler, sondern auch für Lehrer und Verwaltungsangestellte. Ohne flächendeckende Fortbildung, technische Betreuung und nachhaltige Investitionen bleibt die digitale Offensive ein Papiertiger.

Cybersecurity, Datenschutz und digitale Souveränität: Die toten Winkel der Politik

Digitalkompetenz ist ohne ein Verständnis für Cybersecurity und Datenschutz nicht denkbar. Doch gerade hier zeigt sich das größte Defizit der politischen Entscheidungsstrukturen. Während Ransomware-Angriffe auf Kommunen, Kliniken und Unternehmen zunehmen, werden IT-Sicherheitskonzepte in vielen Behörden immer noch als "lästige Pflicht" betrachtet. Die Folge: Schwachstellen,

Datenverluste und ein Vertrauensverlust in staatliche Institutionen.

Datenschutz wird in Deutschland oft als Innovationsbremse wahrgenommen – dabei ist er die Grundlage für Vertrauen in digitale Lösungen. Doch statt intelligente, flexible Datenschutzkonzepte zu entwickeln, setzt die Politik auf Überregulierung und pauschale Verbote. Das Ergebnis: Innovative Projekte scheitern an rechtlichen Hürden, während echte Risiken übersehen werden. Digitale Souveränität bleibt ein Schlagwort, solange technische Abhängigkeiten von internationalen Cloud-Anbietern nicht aufgelöst werden.

Digitalkompetenz in der Politik bedeutet, Cybersecurity als strategische Aufgabe zu begreifen. Dazu braucht es Fachkräfte, klare Zuständigkeiten, kontinuierliches Monitoring und eine Sicherheitsarchitektur, die mit den Bedrohungen wächst. Wer IT-Sicherheit zur Chefsache macht, investiert in die Zukunftsfähigkeit des Landes – alles andere ist Russisch Roulette.

Deutschland braucht eine digitale Souveränität, die nicht auf dem Papier, sondern in der technischen Praxis existiert. Das erfordert Investitionen in eigene Infrastrukturen, offene Standards und eine Bildungsoffensive, die Sicherheit und Datenschutz fest verankert.

Pragmatische Lösungen: Wie echte Digitalkompetenz in der Politik möglich wird

Was braucht es, damit Anspruch und Realität bei der Digitalkompetenz in der Politik endlich zusammenfinden? Vor allem Ehrlichkeit, Mut und technisches Grundverständnis auf allen Ebenen. Es reicht nicht, Digitalministerien zu gründen oder Digitalbeauftragte zu ernennen, wenn die Strukturen gleich bleiben und Entscheidungswege weiterhin analog funktionieren.

- Technische Beratung in die Gesetzgebung integrieren: Jedes wichtige Digitalprojekt braucht einen CTO auf politischer Ebene, der Entscheidungen bewertet und technische Konsequenzen abwägt.
- Verwaltungsprozesse radikal digitalisieren: Zentrale Plattformen, offene Schnittstellen und Cloud-First-Strategien sind Pflicht – keine Option.
- Fortbildungspflicht für Entscheider und Verwaltungsmitarbeiter: Digitalkompetenz muss zum Standard werden, nicht zur Ausnahme.
- Regulatorische Hürden abbauen: Datenschutz und IT-Sicherheit intelligent gestalten, statt Innovation zu verhindern.
- Investitionen in Infrastruktur priorisieren: Glasfaser, 5G und Cloud-Architekturen sind das Rückgrat jeder digitalen Transformation.
- Pragmatische Pilotprojekte starten: Weniger Ankündigungen, mehr Umsetzung. Erfolge messen, Fehler analysieren, Prozesse skalieren.

Digitalkompetenz ist kein Selbstzweck, sondern die Überlebensstrategie in einer Welt, die digital und global funktioniert. Wer sie ernst meint, muss politisches Handeln endlich an technischen Realitäten ausrichten – nicht an

Wunschdenken und Wahlkampfretorik.

Der Weg zur digitalen Souveränität ist steinig. Aber wer jetzt nicht handelt, riskiert, dass Deutschland dauerhaft den Anschluss verliert. Digitalkompetenz ist die Eintrittskarte in die Zukunft – alles andere ist Folklore.

Fazit: Digitalkompetenz – das fehlende Betriebssystem der deutschen Politik

Digitalkompetenz in der Politik ist mehr als ein Modewort – sie ist der Schlüssel, um den digitalen Wandel zu gestalten, statt ihm hinterherzulaufen. Anspruch und Realität klaffen heute noch weit auseinander, weil Wissen, Mut und technische Infrastruktur fehlen. Solange politische Führung auf Symbolpolitik und Sprechblasen setzt, bleibt Deutschland im digitalen Mittelmaß gefangen.

Doch es gibt einen Ausweg: Wer echte Digitalkompetenz will, muss sie zur Chefsache machen, die richtigen Leute an die entscheidenden Stellen bringen und technische Exzellenz zum Maßstab politischen Handelns machen. Die Zukunft ist digital – und sie wartet nicht auf Nachzügler. Der Anspruch ist formuliert, die Realität kann sich ändern. Aber nur, wenn die Politik endlich digital denkt, entscheidet und handelt.